



A13

Jetzt handeln gegen rechts

Antragsteller: Jusos

Adressat:

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 Die SPD Wuppertal sich für einen nachhaltigen und konsequenten Kommunalen Aktions-
2 und Handlungsplan gegen den sich immer weiter verbreitenden Rechtsextremismus in
3 unserer Stadt einsetzt. Dabei ist der Fokus insbesondere auf die Präventionsarbeit in den
4 Stadtteilen vor Ort zu lenken und gezielt die Jugend anzusprechen. Die Jugendarbeit in
5 den Stadtteilen darf die aktuellen Standards nicht unterschreiten, dafür sorgt die SPD
6 Wuppertal. Hierzu gehört auch die Vernetzung von Schulen, Akteuren, Jugendarbeit und
7 Betroffenen, um Synergieeffekte einzuleiten. Weiterhin ist die engagierte Beteiligung an
8 einer städtischen Initiative gegen Rechtsextremismus zu vollbringen, allerdings muss
9 diese Initiative gesellschaftlich breit aufgestellt sein, damit die tatsächliche Gesellschaft
10 repräsentiert wird, ohne sich dabei auf einen bestimmten politisch-ideologischen Block
11 zu reduzieren. Dabei ist auch der Gewinn von hochrangigen Landes- oder
12 BundespolitikerInnen unserer Partei zu Demonstrationen oder anderen Aktionen
13 wünschenswert, um unserer besonderes Engagement zu unterstreichen.

14
15 Diese Handlungsmuster sind schlicht nach dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten“
16 aufzustellen und gewissenhaft zu realisieren. Eine regelmäßige Berichterstattung zum
17 Engagement kann auf dem UBA erfolgen, um für die nötige Transparenz und Würdigung
18 der Ergebnisse zu sorgen.

19
20 Die Bereitstellung von Finanzmitteln ist unausweichlich, wenn es um effektive Arbeit
21 geht, die möglichst viel Schlagkraft aufweisen soll. Deshalb muss der Einsatz unserer
22 Partei auch darin bestehen, die entsprechenden Finanzierungshilfen und Gelder seitens
23 der Stadt zu gewährleisten.

24
25 Die SPD Wuppertal darf diese Problematik weder vernachlässigen noch unterschätzen,
26 deswegen muss auch der UBV eine mediale Aufmerksamkeit, in Form einer Kampagne
27 gegen rechts in Wuppertal in die Wege leiten, um die Präsenz und die Haltung unserer



28 Partei an dieser Stelle klar und deutlich zu signalisieren. Auch der Solidaritätszuspruch
29 mit den Opfern ist öffentlich und authentisch zu leisten.

30

31 Bei öffentlichen Äußerungen oder Pressemitteilungen muss trotz aller Kooperationen
32 auf Ebene des Stadtrates oder der Bezirksvertretungen, auf den Rechtsextremismus als
33 Problemquelle hingewiesen werden, um das Kind beim Namen zu nennen und sich nicht
34 zwischen Extremismus und Rechtsextremismus zu verlieren! Das geschlossene und
35 einheitliche Auftreten unserer Partei an dieser Stelle ist von immenser Bedeutung.

36

37 Faschismus ist keine Meinung!

38 Faschismus ist ein VERBRECHEN!

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: